V-08 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in:	Walter Otte u.a. (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
Tagesordnungspunkt:	TOP 6 Weitere Anträge

Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen Politik über die türkische Invasion in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer Gebiete in Syrien im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der kurdischen Streitkräfte und Hunderter Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte Gewalt angewendet. Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden, christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben. Die gesamte Region wird nachhaltig destabilisiert mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung.

2. Die LDK erklärt sich solidarisch mit den Menschen in Rojava und dem militärischen Widerstand gegen die türkischen Invasionstruppen und deren Verbündeten, den islamistischen Terrorgruppen.

3. Rojava ist in der gesamten Region beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen. Es ist dort politisches Programm, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen zu fördern. Entsprechende Strukturen hierzu sind geschaffen worden. Dies alles ist aufgrund der türkischen Invasion der Zerschlagung ausgesetzt. Auch deshalb ist es erforderlich, den politischen Zustand wie vor Beginn der türkischen Aggression wiederherzustellen.

4. Die LDK verlangt die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen seitens der türkischen Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus Rojava. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre Wohnorte / Wohnungen zurückkehren können.

5. Dringend erforderlich ist ein ungehinderter und gesicherter Zugang internationaler Hilfsor- ganisationen, insbesondere des Roten Kreuzes und zivilgesellschaftlicher Hilfsorganisationen in das Krisengebiet. Humanitäre Hilfe, insbesondere die medizinische Versorgung der Bevölkerung, muss ohne Behinderung möglich sein.

6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungs- strukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen Invasion stationiert waren.

7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung sämtlicher in Gefangenschaft des türkischen Mili- tärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syrien (QSD). Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren. Es ist sicherzustellen, dass die Gefangenen als sog. „Kombattanten“ wie Kriegsgefangene den Schutz der Genfer Konven- tion genießen und nicht, wie von der Türkei praktiziert, als Terroristen behandelt und in türkische Gefängnisse verschleppt werden.

8. Die LDK erkennt an, dass es neben einer umfänglichen humanitären Hilfe für die Menschen vor Ort und die Unterstützung für die vielen Flüchtlinge weiterer Schritte bedarf, Leben und Sicherheit der Betroffenen zu schützen. Es war ein schwerer Fehler der deutschen und europäischen Politik, sich seit Beginn des syrischen Krieges der Einrichtung einer Schutzzone verweigert zu haben. Es ist eine Schande westlicher Politik, es zu unterlassen, die Menschen vor den brutalen Übergriffen und Bombenangriffen des Assad-Regimes zu schützen.

9. Sämtliche Waffenlieferungen sowie die Lieferung militärische nutzbarer Güter an die Türkei sind sofort einzustellen. Solange die Okkupation seitens der türkischen Armee andauert, darf es auch keine Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von Auslandsgeschäften mit der Türkei geben. Einschneidende Maßnahmen müssen dem Erdogan-Regime unmiss- verständlich klar machen, dass es bei seiner aggressiven erpresserischen Politik nach innen und nach außen auf den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratien stößt. Die Politik der Bundesregierung ist unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im Krisengebiet und hilft letztlich dem Autokraten Erdogan, seine Interessen brutal und rücksichtslos durchzusetzen.

10. Die EU muss ein klares Zeichen setzen und die "Hilfen für die Heranführung" der Türkei an die EU aussetzen. Die Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zur EU sind ebenfalls auszusetzen.

11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.

So darf es nicht weitergehen!

Begründung

Weiterer Antragsteller:

Herbert Nebel (Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf)